

AKW Mülheim-Kärlich

Monate am Netz - Jahrzehnte im Rückbau

Elf Jahre im Bau, keine zwei Jahre am Netz, danach elf weitere Jahre betriebsbereit und schließlich Jahrzehnte im Rückbau. Die Geschichte im Zeitraffer.



1972 Die RWE Power AG stellt den Antrag auf Bau und Betrieb des Atomkraftwerks.

1975 Der Bau des 3,6 Milliarden Euro teuren Projekts beginnt.

1986 Der Reaktor ist fertig. Schon während der Bauzeit ist es wegen Klagen durch Kommunen und Privatpersonen zu zahlreichen Verzögerungen gekommen.

März bis Oktober 1986: Das AKW geht zum ersten Mal ans Netz und wird nach sechs Monaten wieder abgeschaltet. Laut Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz liegt keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor.

August 1987 bis September 1988: Das AKW ist wieder in Betrieb, aber nur für 13 Monate. Das Bundesverwaltungsgericht hebt die erste Teilgenehmigung wegen mehrerer Mängel auf. Mülheim-Kärlich wird nie wieder ans Netz gehen.

1989 bis 1998: Es folgen elf Jahre juristischer Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaft, Politik und Bürgerinitiativen. Mülheim-Kärlich bleibt in dieser Zeit betriebsbereit, um jederzeit wieder ans Netz gehen zu können. Während dieser Zeit wird eine neue erste Teilgenehmigung erlassen und wieder aufgehoben. Außerdem muss die Erdbebensicherheit geprüft werden.

2000 Das Aus für Mülheim-Kärlich wird besiegelt. Der Beschluss zur Stilllegung ist ein Ergebnis der Vereinbarung zum Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland.

2001 RWE beantragt den Rückbau. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich zu diesem Zeitpunkt auf rund 725 Millionen Euro.

2002 Die letzten Brennstäbe verlassen Mülheim-Kärlich. Bis dato sind beim Rückbau 30 Tonnen radioaktiver Abfall angefallen.

2004 Der Abbau beginnt. Mit einem Ende der Arbeiten wird nicht vor dem Jahr 2025 gerechnet. Laut Schätzungen werden bis dahin etwas weniger als 1.700 Tonnen radioaktiver Müll anfallen.

2006 RWE beantragt die Übertragung der Reststrommenge des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich auf den Reaktor Biblis A. Der Antrag wird durch alle Instanzen abgelehnt.

Juni 2014: Der Abbau des sogenannten Primärkreislaufes im AKW steht an. Dazu gehören der Druckbehälter und die Dampferzeuger. Sie beinhalten 99 Prozent der noch verbliebenen Radioaktivität. Einwendungen von Bürgern gegen das Verfahren werden nun erörtert.

Dezember 2014: Das Gelände des Kühlturms wird aus der Atomaufsicht entlassen und an eine Recycling-Firma verkauft.

Oktober 2015: Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) erteilt der RWE Power AG die Genehmigung, auch die radioaktiv am höchsten belasteten Anlagenteile abzureißen. Endgültig abgeschlossen sein soll der Abriss zwischen 2023 und 2025.

Stand: 8.10.2015, 14.14 Uhr